

AUS DER KBE

Neuentdeckung der Erwachsenenbildung?

Ein Symposium

Allgemeine Erwachsenenbildung steht vor der Aufgabe, technokratischen Modernisierungsprozessen und vielfältigen Bedrohungen des Humans entgegenzuwirken. Ihr Spezifikum liegt nicht in der Herstellung allseitiger Funktionsfähigkeit und -tüchtigkeit, sondern in einem kritisch-aufklärerischen Potenzial, in der Ermöglichung von Partizipation und Demokratisierung. Mit dieser grundsätzlichen Standortbestimmung eröffnete die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) ihr Bildungs-Symposium, das aus Anlass des 60. Geburtstags von Reinhard Hohmann – den regelmäßigen EB-Lesern als ehemaliger Chefredakteur und langjähriger Autor der Kolumne »Zu guter Letzt« vertraut – am 18. September im Katholisch-Sozialen Institut (KSI), Bad Honnef, durchgeführt wurde.

Weiterbildungstrends

Hohmann hat in der katholischen Erwachsenenbildung eine Reihe von maßstabsetzenden Projekten entwickelt und betreut, und so kamen zu dem Symposium vor allem Theoretiker und Praktiker aus diesen Arbeitszusammenhängen, um sich über die »Neuentdeckung der allgemeinen Erwachsenenbildung als Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart« auszutauschen. Die intensive Diskussion wurde durch Statements der Professoren Arnim Kaiser, Jürgen Schrader, Wiltrud Giesecke und Erhard Meueler eingeleitet; Prof. Steffi Robak, der ehemalige KBE-Geschäftsführer und jetzige KSI-Direktor, Prof. Ralph Bergold, sowie Reinhard Hohmann, Hans Prömper und Geschäftsführer Markus Tolksdorf von der KBE resümierten das Gespräch. Dabei fan-

den auch die einleitenden Worte des KBE-Vorsitzenden Bertram Blum ihre Bestätigung, dass das Symposium mit der Thematisierung der allgemeinen Erwachsenenbildung eine der »für die außerschulische Bildungsszene aktuellsten, ja existenziellen Fragen« aufgegriffen habe.

Deutlich wurde in den Beratungen die Verschiebung der Schwerpunkte, die die Erwachsenenbildung in den letzten Jahrzehnten erfahren hat. Der humanistische Bildungsansatz, der im Gutachten des Deutschen Ausschusses zu »Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung« vor rund einem halben Jahrhundert formuliert wurde und der für die KBE einen bleibenden Auftrag darstellt, ist mittlerweile – im Zuge der bildungspolitischen Aufwertung lebenslanger Lern- und Qualifizierungsprozesse – in den Hintergrund gerückt. Kaiser und Schrader legten dar, wie mit dem neuen Paradigma der Employability, der Beschäftigungsfähigkeit, den erwachsenenpädagogischen Bemühungen eine Engführung verordnet wird. Meueler kritisierte die daraus folgende Vorstellung von Kompetenzvermittlung, die die Adressaten von Bildungsangeboten mit einer jederzeit abrufbaren Reaktionsfähigkeit für wechselnde gesellschaftliche, speziell berufliche Anforderungen ausstatten will.

Das neue Verständnis von nonformalem Lernen, das letztlich an den »Strukturplan für das Bildungswesen« des Deutschen Bildungsrates von 1970 anknüpft, steht heute im Kontext eines bildungsökonomischen Aufbruchs, den sich die EU mit ihrer Lissabon-Strategie vorgenommen hat. Wie bei dem Symposium betont wurde, sind in der europäischen Debatte aber auch – siehe das Leitbild der Active Citizenship, des aktiven

Marktbehauptung in der Wirtschaftskrise

Aktuelle Strategien zur Marktbehauptung von Weiterbildungsanbietern standen im Mittelpunkt der wbmonitor-Umfrage 2009 vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE) bei Anbietern beruflicher und allgemeiner Weiterbildung. Demnach fühlt sich ein Großteil der Anbieter von der Wirtschaftskrise nicht negativ betroffen, ein Viertel sieht sogar einen positiven Einfluss. Je nach Finanzierungsquelle der Einrichtungen wirkt sich die gesamtwirtschaftliche Lage verschieden aus: Insbesondere die durch Arbeitsagenturen finanzierten Anbieter profitieren, das antizyklische Konjunkturpaket II des Staates zeigt hier offenbar Wirkung. Überwiegend betrieblich und durch Teilnehmer finanzierte Anbieter zeichnen dagegen ein eher negatives Bild, Betriebe und Selbstzahler scheinen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weniger in Weiterbildung zu investieren. Zielgruppenbezogenes Marketing, Kooperationen und Vernetzung sowie die Konzentration auf Kernarbeitsfelder sind die am häufigsten von den Anbietern eingesetzten Strategien, um sich am Markt zu behaupten. Einen beachtlichen Stellenwert haben die Konzeption inhaltlich neuer Bildungsangebote, professionelle Markt- und Bedarfsanalysen sowie der Einsatz neuer Lehr-/Lernmethoden, die häufig bei den Planungen für die Zukunft genannt werden. Insbesondere Beschäftigte und Betriebe werden als Zielgruppen angesprochen.

Weitere Informationen zur Umfrage 2009 unter: www.wbmonitor.de.

Bürgersinns – andere Elemente enthalten. Hier könnte die Bildungsarbeit mit Erwachsenen ansetzen und ein eigenständiges zukunftsfähiges Profil entwickeln; ihr Problem ist jedoch, worauf Giesecke hinwies, dass sich die öffentliche Weiterbildung heute in einer Defensivposition befindet und sich mit der Neubegründung ihrer Arbeit erst Gehör verschaffen muss.

Subjektorientierung

Das betrifft – darüber herrschte in Bad Honnef Konsens – einmal die Weiterbildung insgesamt und zum anderen speziell den Status der konfessionellen Bildungsarbeit in diesem System. Die katholische Erwachsenenbildung könne sich zwar mit ihrer Konzept- und Angebotsentwicklung im Konzert der Träger sehen lassen und brauche keineswegs in eine Profilneurose zu verfallen, sie müsse aber weiter daran arbeiten, das Spezifische ihres Bildungsansatzes in der konkreten Praxis, im erwachsenenpädagogischen Diskurs und in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen zur Geltung zu bringen. Zu den Einzelheiten gab es in Bad Honnef durchaus kontroverse Einschätzungen: Entwickeln sich die Angebote zu trägernah oder gehen sie im Mainstream auf? Ist die kirchliche Trägerbindung mit ihrem »missionarischen« Auftrag ein Hindernis oder ein Anstoß für die Praxis? Welche widerstreitenden Interessenlagen und Anforderungen gibt es hier? Geht die eigentliche Bildungsaufgabe verloren?

Vielleicht kann man, wie Meueler vorschlug, die katholische Erwachsenenbildung als ein »Nest von Widersprüchen« charakterisieren – also als lebendige, »dialektische« Einheit, die trotz gewisser Blockaden für die Entwicklung eines neuen »konzeptionellen Drive« zu nutzen ist. In den Arbeitsgruppen und der abschließenden Aussprache des Symposions wurde deutlich, dass hier die Subjektorientierung, der Bezug auf Personalität und den »Dienst am Menschen« (Blum) Leitbegriffe sein könnten. Konfessionelle Bildung in diesem Sinne ver-

standen will ihre Adressaten nicht in ein Lehr- oder Glaubensgebäude hineinführen, sondern die menschliche Existenz aus dem Glauben heraus auslegen und sich so der Diskussion um die aktuellen gesellschaftlichen Erfordernisse stellen. Sie kommt nicht mit Gewissheiten, sondern versucht »Balancen« (Robak) herzustellen. Sie will nicht erziehen, sondern besteht auf der Notwendigkeit von Bildung, wie Prömper als Mann der pädagogischen Praxis nachdrücklich betonte. Dies schließt ein – und das wurde in Bad Honnef auch festgehalten –, dass bildungstheoretische Anstrengungen fortgesetzt werden müssen. Die pädagogische Arbeit mit Erwachsenen darf nicht in einen allgemeinen Begriff nonformalen Lernens aufgelöst werden, der nur noch die lebenslangen Qualifizierungsnotwendigkeiten des »flexiblen Menschen« (Richard Sennett) zum Ausdruck bringt. Sie darf nicht, woran Robak erinnerte,

im Stil aktueller bildungspolitischer Erklärungen der Rubrik des »privaten Lernens« subsumiert werden. Und sie darf nicht von der Konkurrenz des neu entdeckten »informellen Lernens« an den Rand gedrängt werden. Die Klärung des Bildungsbegriffs kann dabei, wie das Gutachten von 1960 zeigt, an bewährte Traditionen anknüpfen. Sie wird dies zugleich zukunfts offen und im Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Politik, Kultur und Wirtschaft zu reflektieren haben – ebenfalls gemäß ihrer Tradition, dass sie bei einem Publikum, das mit den Füßen abstimmt, nur mit Angeboten überleben kann, die den Nerv der Zeit treffen. Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung wird das Symposium in einer Publikation dokumentieren. Anfragen sind an die Geschäftsstelle der KBE (Joachimstraße 1, 53113 Bonn, Netz: www.kbe-bonn.de) zu richten.

js

Markus Tolksdorf verabschiedet

Der Bundesgeschäftsführer der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Markus Tolksdorf, hat seine Stelle gewechselt und ist nun Akademieleiter des Bildungszentrums der Akademie Schönbrunn bei München.

Während seiner offiziellen Verabschiedung in Frankfurt hob KBE-Vorsitzender Dr. Bertram Blum besonders die Leistungen Tolksdorfs beim 50-jährigen Jubiläum der KBE hervor: »Das KBE-Jubiläum wurde zu einem Höhepunkt in der Geschichte der KBE, die

damit eine beachtliche bildungs- und kirchenpolitische Präsenz zeigte«, sagte Blum. Tolksdorf habe in seiner Amtszeit ab 2005 eine Phase des Umbruchs bewältigt, hervorgerufen durch die Sparmaßnahmen vieler Bistümer. Er sei in vielen Bereichen der KBE »Dreh- und Angelpunkt« gewesen, in den Kommissionen und Projekten, in der Zeitschrift Erwachsenenbildung oder im Kampf um die allgemeine Weiterbildung. Nachfolgerin von Tolksdorf wird **Andrea Hoffmeier**, ehemalige BDKJ-Bundesvorsitzende.

Markus Tolksdorf (li.) wurde von Dr. Bertram Blum als KBE-Geschäftsführer verabschiedet.



Partizipation Thema für AKSB

Das politische und gesellschaftliche Engagement in Deutschland standen bei der Jahrestagung »Politische Bildung – Mitwirkung in der Demokratie« der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) vom 23. bis 24. November in Fulda auf dem Prüfstand. »Die AKSB-Jahrestagung hat gezeigt, dass die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement und damit zur Partizipation in Deutschland größer ist, als viele erwarten. Oftmals fehlt die direkte Ansprache zur Mitwirkung«, resümierte AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles am Ende der Tagung. Die vielfältigen erfolgreichen Projektbeispiele zur Partizipation hätten dies verdeutlicht.

VON PERSONEN

Prof. Dr. Franz Pöggeler ist am 31. Oktober in Aachen im Alter von 83 Jahren gestorben. Er war Professor für Pädagogik an der RWTH Aachen und Mitbegründer sowie langjähriges Vorstandsmitglied der KBE.

Nach insgesamt mehr als 20-jährigem Engagement als stellvertretender Vorsitzender und seit 1995 als Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) hat **Theo W. Länge**, Geschäftsführer des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben, zum Jahresende 2009 den Vorsitz des Bundesausschusses niedergelegt. Länge wird am 1. Januar 2010 65 Jahre alt und wird sich im Laufe des Jahres auch aus seiner Tätigkeit bei Arbeit und Leben zurückziehen. Im bap-Vorstand wurde vereinbart, dass der stellvertretende Vorsitzende **Lothar Harles**, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), ab 1. Januar 2010 bis zur Neuwahl des Vorstandes (voraussichtlich auf der bap-Mitgliederversammlung am 12. November 2010) die Geschäfte des Vorsitzenden weiterführt.

Zudem brauche Partizipation Zeit und persönliche Begegnung. Projekte, die allein das Internet als Kommunikationsmittel nutzen und auf persönliche Kontakte verzichten, könnten nicht zur Steigerung von Partizipation dienen.

Nicht außer Acht lassen dürfe die politische Bildung zudem die Zielgruppe der benachteiligten und bildungsfernen Jugendlichen. »Hier sind wir gefordert, immer wieder Angebote zur Partizipation zu schaffen«, betonte Harles. Die AKSB werde die Ergebnisse in die laufende Arbeit des bundesweiten Netzwerkes einbeziehen und die Auseinandersetzung mit dem Thema fortführen.

Bereits seit vielen Jahren ist die Erziehung zur Partizipation in Gesellschaft und Demokratie ein herausragendes Ziel der politischen Bildungsarbeit in der AKSB. Rund 70 Teilnehmende aus dem gesamten Bundesgebiet waren der Einladung der AKSB nach Fulda ins Bonifatiushaus gefolgt, darunter Wissenschaftler, Fachkräfte der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und Leitende der Bildungseinrichtungen. Mit der Vorstellung aktueller empirischer Studien wurde den Teilnehmenden ein Einblick gegeben, wie es um das Engagement in Deutschland tatsächlich bestellt ist. In unterschiedlichen Diskussionsforen

diskutieren Experten sowie Vertreter und Vertreterinnen von Verbänden und Kommunen, unter welchen Bedingungen Partizipation erfolgreich gelingen kann. In einem Markt der Möglichkeiten wurden besonders erfolgreiche und innovative Praxisbeispiele zur Stärkung und Förderung von Partizipation präsentiert.

Im Anschluss an die AKSB-Jahrestagung fand die AKSB-Mitgliederversammlung mit Vorstands-Neuwahlen statt. Neuer stellvertretender Vorsitzender der AKSB ist der Leiter des Franziskanischen Bildungswerkes e.V. Großkrotzenburg, Bernward Bickmann. Die AKSB-Mitgliederversammlung wählte das bisherige weitere Vorstandsmitglied am 25. November 2009 im Bonifatiushaus in Fulda. Bickmann tritt damit die Nachfolge von P. Tobias Karcher SJ an, der nicht mehr für das Amt kandidierte. Dr. Alois Becker, Direktor der Akademie Klausenhof, wurde bereits im letzten Jahr von den AKSB-Mitgliedern in seinem Amt als Vorsitzender für weitere drei Jahre bestätigt.

Als weitere Vorstandsmitglieder wählten die Mitglieder Ulrike Gentner, stellvertretende Direktorin des Heinrich Pesch Hauses, Alois Nock, Leiter kifas/Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ Waldmünchen, Pater Johann Spermann SJ, Leiter des Heinrich Pesch Hauses, und Benedikt Widmayer, Direktor der Akademie Haus am Maiberg in Heppenheim.

Irischer Minister würdigt InfoNet

Auf der Jahresversammlung des KBE-Projekts »European InfoNet Adult Education« in Dublin erhielt der irische Minister für Lebenslanges Lernen, Sean Haughey (li.), einen Kalender der Kulturhauptstadt 2010 Essen,

überreicht von Projektkoordinator Dr. Michael Sommer von der Akademie Klausenhof und KBE-Geschäftsführer Markus Tolksdorf (re.). Haughey betonte in seiner Rede, dass InfoNet eine »sehr wertvolle Quelle nicht nur für Journalisten sei, sondern für alle, die Interesse an der Erwachsenenbildung haben«.



Ausgrenzung oder Anerkennung nonformalen Lernens?

Kompetenzvermittlung und Qualifikationsrahmen

Kompetenzvermittlung rückt, worüber auch das KBE-Symposium zur Erwachsenenbildung diskutierte (s.o.), immer stärker in den Mittelpunkt der bildungspolitischen und pädagogischen Debatte. Nun ist Kompetenz, verstanden als Verfügung über Wissen und Fertigkeiten im Blick auf objektive Herausforderungen, für die pädagogische Arbeit kein Fremdwort. Oskar Negt hat etwa gesellschaftliche Schlüsselkompetenzen für eine aufklärerische Bildungsarbeit formuliert, Heinrich Roth in seiner pädagogischen Anthropologie die Verbindung zur Mündigkeit hergestellt und Habermas in kritischer Absicht eine ganze Gesellschaftstheorie der »kommunikativen Kompetenz« ausgearbeitet. Doch wird Kompetenz mittlerweile in einem funktionalistischen Sinne definiert: Sie gilt als eine »Disposition« von Individuen, rasch, flexibel und quasi automatisch auf die wechselnden Anforderungen moderner Marktgesellschaften zu reagieren. So ist sie zum neoliberalen Ideal des allzeit reaktionsbereiten Menschen im Zeitalter der Globalisierung geworden.

Nonformales Lernen

Der Kompetenzbegriff, der im schul- und berufspädagogischen Kontext eine zentrale Rolle spielt – auf ihm basieren z.B. die internationalen PISA-Erhebungen –, hat auch Auswirkungen auf den außerschulischen Bereich, auf Jugend- und Erwachsenenbildung. Diese Bildungsanstrengungen, der früher sogenannte »quartäre Sektor« des Bildungswesens, werden heutzutage als nonformales Lernen definiert und als Bindeglied zwischen dem formalisierten Ausbildungswesen und der mit neuem Nachdruck versehenen Welt des informellen Lernens eingeordnet. Die Eigenständigkeit einer Erwachse-

nenbildung wird so infrage gestellt, ältere Begründungsmuster einer personalen Bildung verlieren an Bedeutung – wie sich auch an den Grundsatzpositionen der Parteien zum Thema Weiterbildung im Wahljahr 2009 (vgl. EB 2/09) oder an den Vereinbarungen der neuen Koalition (s.u.) zeigt. Erwachsenenbildung muss sich heute als ein Bestandteil und Bezirk des lebenslangen Lernens im bildungspolitischen Modernisierungsprozess behaupten – also in einem Prozess, der nicht mehr nur von nationalen Stellen, sondern auch auf europäischer Ebene gesteuert wird.

Signifikanter Ausdruck dafür ist die Entwicklung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR), der die außerschulische Szene seit einiger Zeit beschäftigt (vgl. EB 4/08). Mit dem EQR wird ein europaweit gültiges, bildungsbereichsübergreifendes Bezugssystem geschaffen, das auch dazu beitragen soll, den Wert nonformaler und informeller Bildung hervorzuheben und Vergleichbarkeit mit formal erworbenen Bildungsleistungen herzustellen. Dies wird in Deutschland jetzt mit der Erarbeitung und Erprobung eines nationalen Qualifikationsrahmens (DQR) fortgesetzt. Die Erprobungsphase hat Anfang 2009 begonnen. Die nationalen Qualifikationssysteme sollen demnach bis 2010 auf den EQR bezogen werden sowie sicher stellen, dass bis 2012 alle neuen Zeugnisse, Diplome und Europass-Dokumente einen Verweis auf das betreffende Niveau des EQR enthalten.

Inzwischen hat sich auch die außerschulische, so etwa die kulturelle Bildung mit dieser Entwicklung befasst. Die Debatte wird ferner im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) geführt, in dem die katholische Erwachsenenbildung mitarbeitet. Der bap, die Arbeitsgemeinschaft bundesweit

tätiger Trägerverbände der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, hatte das Thema auf der Tagesordnung seiner Mitgliederversammlung im Frühjahr 2009. Dort gab Hermann Nehls vom DGB-Bundesvorstand, der im Arbeitskreis DQR mitarbeitet, einen Überblick über die Entwicklung des bildungspolitischen Instrumentariums und monierte dabei den »technokratischen Zungenschlag«, der von Anfang an festzustellen gewesen sei (vgl. EB 2/09). Er machte zugleich deutlich, dass sich der bildungspolitische Trend, nachdem die Umsetzung in allen EU-Ländern in Angriff genommen wurde, nicht mehr umkehren lasse. Und prinzipiell habe in den DQR trotz seiner Fixierung auf die Abschlüsse des formalen Bildungssystems das Konzept »ganzheitlicher Handlungskompetenz« Eingang gefunden; er sei somit für die Anliegen der politischen Erwachsenenbildung anschlussfähig.

Als Ergebnis der Beratungen wurde im Frühjahr festgehalten, dass sich die AG Grundsatzfragen des Bundesausschusses weiter mit diesem Thema befasst und klärt, wie sich Kompetenzen und Kompetenzerwerb in der außerschulischen politischen Bildung bestimmen, beschreiben und nachweisen lassen und welche Elemente oder Module im Rahmen der Bildungsarbeit konsensfähig sind. Die Arbeitsgruppe stellte dazu erste Überlegungen an, die auch in den Vorstand des Bundesausschusses eingebracht wurden. Die Arbeitsgruppe wird, wie die Herbst-Mitgliederversammlung des bap Anfang November 2009 bestätigte, ihre Beschäftigung mit dem bildungspolitischen Thema fortsetzen.

Theo W. Länge, der scheidende bap-Vorsitzende (siehe unter Personalien), gab in dem Zusammenhang ein Interview, das auf die Bedeutung des DQR für die gesamte außerschulische Szene

einging. Seine Hauptforderung lautet, der DQR müsse zu einem Raster werden, das alle Lernbereiche umfasst (der Wortlaut des Interviews ist auch auf der Homepage des bap erhältlich: www.bap-politischebildung.de).

Welche Bedeutung messen Sie dem Deutschen Qualifikationsrahmen insgesamt bei? Bildung entscheidet heute mehr denn je über Inklusion und Exklusion. Wer keinen Abschluss hat, läuft Gefahr, ausgegrenzt zu werden – sozial wie beruflich. Der DQR, verstanden als Übersetzungsinstrument, das Wert und Bedeutung von Qualifikationen vergleichbar macht, wird also weitreichende Konsequenzen haben – für jeden von uns. Allerdings ist die Ausrichtung derzeit sehr stark nachweisorientiert, d.h., die Tendenz geht dahin, Abschlüsse den einzelnen Niveaustufen zuzuordnen. Einfach ausgedrückt heißt das: Wer einen Hauptschulabschluss hat, steht auf Niveaustufe 1, derjenige mit dem Professorentitel auf Niveaustufe 8. Wenn man bedenkt, dass rund 80.000

Menschen auf dem Arbeitsmarkt ohne Hauptschulabschluss sind, ist das mehr als bedenklich. Der DQR ist ein nationaler Referenzrahmen. Er darf aber nicht zum Raster werden, durch das Teile unserer Gesellschaft fallen.

Macht es sich der Arbeitskreis DQR zu einfach, indem er sich auf das formale Lernen konzentriert? Das würde ich so nicht sagen. Mein Eindruck ist vielmehr, dass die Diskussion in den Bereich des nonformalen und informellen Lernens noch gar nicht richtig vorgedrungen ist. Ich glaube eher nicht, dass der Arbeitskreis es sich leisten kann und wird, in einer Zeit, in der Weiterbildung und lebenslanges Lernen großgeschrieben werden, das nonformale und informelle Lernen unberücksichtigt zu lassen. Denn die Bandbreite ist enorm. Unter nonformales Lernen fallen Volkshochschulkurse ebenso wie Weiterbildungsangebote etwa von kirchlichen und gewerkschaftlichen Trägern oder Projekte von Jugendorganisationen. Ganz zu schweigen vom informellen Lernen, also dem Lernen, das sich quasi »ganz nebenbei«, ungeplant oder in eigener Regie ergibt.

OECD-Bericht

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Kultusministerkonferenz veröffentlichen jedes Jahr eine Zusammenstellung der wesentlichen Aussagen für Deutschland aus dem OECD-Bericht »Bildung auf einen Blick«. Die neue Veröffentlichung vergleicht innerhalb der OECD-Mitgliedstaaten unterschiedliche Aspekte, etwa Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg. Die Basisdaten stammen aus den Jahren 2006 und 2007. Einige für Deutschland wichtige Befunde aus »Bildung auf einen Blick 2009« werden vorgestellt, ebenso wie Entwicklungen in verschiedenen Bereichen seit 2007. Eine Zusammenstellung der Materialien findet sich beim Deutschen Bildungsserver: www.bildungsserver.de/link/auf_1_blick_2009_kernaussagen.

Benachteiligte

Wieso ist die Berücksichtigung von nonformalem Lernen so wichtig? Vieles, was wir uns im Laufe unseres Lebens aneignen, hat mit formalem Lernen nichts zu tun, muss sich aber in unserer Bildungsbiografie abbilden lassen. Zudem geht es darum, bei der Herstellung von Transparenz und Vergleichbarkeit ein besonderes Augenmerk auch auf die Förderung benachteiligter Menschen zu legen. Und gerade für diese Gruppe bietet nicht nur die politische Bildung eine Fülle von Angeboten im nonformalen Bereich. Das reicht von Bildungsprojekten mit benachteiligten Migrantinnen und Migranten bis hin zu Theaterprojekten mit Jugendlichen ohne Schulabschluss. Darüber hinaus erfüllt die politische Bildung einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag, indem sie zu Partizipation und Mitbestimmung ermutigt, der Grundlage und Basis für demokratische Entwick-

lung. All diese Leistungen müssen anerkannt werden.

Keine leichte Aufgabe also, vor der die außerschulische politische Bildung steht. Der DQR als Referenzrahmen an sich ist schon sehr komplex. Und wenn man sich die Angebote und die Trägerlandschaft der außerschulischen politischen Bildung anschaut, so sind diese sehr heterogen. Insofern ist das schon eine Herkulesaufgabe, der wir uns gegenübersehen. Dennoch sind wir als Akteure der außerschulischen Erwachsenenbildung – und ich spreche da nicht nur für die politische Bildung, sondern beziehe hier ausdrücklich die allgemeine und kulturelle Weiterbildung mit ein – geradezu in der Pflicht, anschlussfähig zu werden. Das bedeutet, transparent zu sein und sichtbar zu machen, was unser Angebot, was unsere Leistung ist. Weiterbildung, auch die politische, ist nicht bloß »nice to have«. Für viele ist sie die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln – persönlich wie beruflich. Wir nehmen unsere Verantwortung daher sehr ernst.

Wie wollen Sie vorgehen? Zunächst ist festzuhalten, dass wir ja nicht bei Null anfangen. Bereits heute erhalten Teilnehmende Zertifikate, in denen die Lerninhalte beschrieben werden. Es gibt also durchaus Schnittstellen bei der Beschreibung von Lernergebnissen. Betrachtet man beispielsweise ein Theaterprojekt. Hier wird in der Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema Wissen, z.B. über historische Zusammenhänge, vermittelt. Durch die Arbeit in der Gruppe wird die Sozialkompetenz gestärkt und nicht zuletzt die Selbstkompetenz gefördert, indem sich Teilnehmende auf der Bühne präsentieren, artikulieren und argumentieren müssen. Ich sehe also keinen Grund, warum wir die aktive Auseinandersetzung mit dem DQR scheuen sollten. Im Gegenteil, die Erprobungsphase wird sicherlich noch die eine oder andere Änderung bringen.

Was kann der bap zur weiteren Entwicklung beitragen? In der Arbeitsgruppe Grundsatzfragen im bap arbeiten wir derzeit daran, den Kompetenzbegriff aus Sicht der politischen Bildung zu

bestimmen, mit spezifischen Inhalten zu füllen und somit unsere Angebote beschreibbar und auch vergleichbar zu machen. Weiterhin führt der bap aktuell eine Studie zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildungspraxis durch. Und drittens werden wir demnächst darangehen, die fachlichen und methodischen Kompetenzen, die ein politischer Bildner mitbringen muss, genauer zu fassen. Das alles wird helfen, unsere Leistungen in einem DQR abzubilden. Naturgemäß fällt die Einordnung schwerer, da nicht alle Nachweise »verbriefte« sind. Ich bin jedoch sicher, dass wir sehr verschiedene, dem jeweils unterschiedlichen Lernfeld angemessene Möglichkeiten der Validierung finden.

Wie geht es weiter? Bis Ende 2010 sollen alle Bildungsgänge in Bezug zum DQR gesetzt werden, spätestens 2012 soll es einen Nachweis geben, welchem EQR-Niveau sie jeweils zuzuordnen sind. Wir dürfen jetzt vor allem keine Zeit verlieren. Noch allerdings sind viele Fragen offen. Es gibt beispielsweise noch keine Antwort darauf, wer, was und wie zertifiziert bzw. zuordnet. Wichtig ist aus meiner Sicht abzubilden, was jemand kann und nicht, wo er oder sie es gelernt hat. Diese Grundphilosophie der »Outcomeorientierung«, so wie sie im Europäischen Qualifikationsrahmen festgeschrieben ist, muss sich auch im DQR stärker als bisher widerspiegeln. Eine Beschränkung darauf, formale Abschlüsse statisch den Niveaustufen zuzuordnen, ohne die Frage von Übergängen und Durchlässigkeit zu klären, wäre kontraproduktiv.

Welches Fazit ziehen Sie aus Sicht der politischen Bildung? Ich sehe die Beschäftigung mit dem DQR, das Bemühen, hier anschlussfähig zu werden und möglicherweise am Ende des Prozesses zu einer Nachweiskultur zu kommen, als Herausforderung und Chance für die Profession: Wir werden eine völlig neue Professionsdebatte in der Erwachsenenbildung erleben, die durchaus Streitig sein dürfte.

Christina Marx/Johannes Schillo

POLITISCHE BILDUNG

Im Blick: Zeitgeschichte

Die Befassung mit der großen Geschichte, mit den Haupt- und Staatsaktionen des politischen Lebens, oder mit der persönlichen Lebensgeschichte, mit den biografischen Verläufen und Brüchen, die kultur- und geistesgeschichtliche Rückschau oder die historisch-politische Bildung, die in Deutschland unlösbar mit dem Thema NS verbunden ist – all das gehört zu den genuinen Aufgaben der Erwachsenenbildung und wird hierzulande mit zahlreichen Ansätzen und Angeboten aufgegriffen. Dabei kann der (nicht besonders intelligente) Brauch, zu runden Jahreszahlen markante Stationen der Zeitgeschichte in den Blick zu nehmen und dazu eine öffentliche Trauer- bzw. Erinnerungsarbeit zu inszenieren, der Bildungsarbeit durchaus Rückenwind und Aufmerksamkeit verschaffen. Das war auch 2009, im herausgehobenen Jahr der Gedenktage und -veranstaltungen, der Fall: 90 Jahre Weimarer Verfassung, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Wende in Deutschland und Europa standen zur Feier an. Eher am Rande kamen 70 Jahre Zweiter Weltkrieg oder 10 Jahre Kosovo-Krieg vor, während im Kulturbetrieb 40 Jahre Woodstock oder »Abbey Road« gebührend gewürdigt wurden.

Kontroversen

Und auch 2009 stieß man wieder auf »den unmittelbaren Zusammenhang von Zeitgeschichte und Politik«, wie Karl-Dietrich Bracher, einer der renommierten deutschen Politikexperten, vor Jahrzehnten in seinen »Zeitgeschichtlichen Kontroversen« schrieb. Der Erinnerungskulturbetrieb läuft eben nicht *sine ira et studio*, sondern ist mit politischen Interessen aufgeladen und findet schnell Anschluss an

die tagespolitische Streitkultur – der »Fall Kurras« zeigte das nachdrücklich im Frühjahr 2009, als die Schlachten vergangener Tage noch einmal geschlagen und sogar Stimmen laut wurden, man müsse die deutsch-deutsche Geschichte samt ihrer Protestchronik komplett umschreiben. Oder es gab Streit darüber, wie weit sich Parteien und Politiker die Einstufung der DDR als »Unrechtsstaat« zu eigen machen (sollen), in welchem Umfang solche Bewertungen von der Bevölkerung geteilt werden, welche Gegenmaßnahmen hier zu ergreifen sind etc. Das reichte bis zu dem Vorschlag der CDU, Gedenkstättenbesuche für junge Leute obligatorisch zu machen, also außerschulische Bildungsangebote gewissermaßen in die Schulpflicht einzubeziehen.

Vergangenheitsbewältigung

Auch die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, die unter dem Titel »Vergangenheitsbewältigung« zum festen Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland geworden ist, sorgt immer noch für Kontroversen. Der Erziehungswissenschaftler Prof. Freerk Huiskens, Co-Autor des Klassikers »Alles bewältigt, nichts begriffen« (Neuausgabe 2007, vgl. die Vorstellung in EB 4/07) und prononcierter Kritiker der Geschichtspolitik im Nachkriegsdeutschland, stellte seine Thesen bei den »Internationalen Vogelsang-Tagen 2009« vor, die in der inzwischen als Bildungsstätte genutzten ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang im Frühjahr 2009 stattfanden. Hier zeigte sich, dass auch in der politischen Bildung noch ein erheblicher Diskussionsbedarf besteht (vgl. Praxis Politische Bildung 3/09 und 4/09). Die Bildungs-

stätte Vogelsang jedenfalls will die begonnene Tagungsreihe fortsetzen und die pädagogische Befassung mit der NS-Vergangenheit wieder stärker in den Fokus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung rücken (Kontakt: www.vogelsang-ip.de).

In die Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 2009 wurde auch – wie gesagt: mit weniger Nachdruck – die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg einbezogen. In diesem Kontext tat sich zudem auf der politischen Bühne Bemerkenswertes: Anfang September hob der Deutsche Bundestag mit den Stimmen des ganzen Hauses die ehemaligen Urteile gegen NS-»Kriegsverräter« auf. Man kann diese Entscheidung mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen; man kann es aber auch erstaunlich finden, dass es mehr als ein halbes Jahrhundert brauchte, bis die deutschen Deserteure und Kriegsgegner des Zweiten Weltkriegs in Deutschland rehabilitiert wurden. Bevor dieser politische Beschluss zustande kam, veranstaltete übrigens die Georg-Elser-Initiative Bremen im Frühjahr 2009 ein Begleitprogramm zur Ausstellung »Was damals Recht war ...« – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht« im Bremer Rathaus – ein aufwendiges Informations- und Bildungsprogramm, das auch die Rehabilitierungsnotwendigkeit öffentlich bekannt machte.

Die Georg-Elser-Initiative wurde 1998 in Bremen gegründet. Sie setzt sich dafür ein, dass dem Hitlerattentäter Elser in der Erinnerungskultur des deutschen Widerstands ein gebührender Stellenwert eingeräumt wird. Ihr Begleitprogramm zur Bremer Ausstellung erinnerte an die verdrängte Vergangenheit und ließ zugleich die aktuelle Brisanz antimilitaristischer Kritik zutage treten. Die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung kam nämlich wegen deren Bedenken gegenüber einzelnen Referenten nicht zustande, die Initiative erhob darauf den Vorwurf der Zensur und stellte den Vorgang auf einer gut besuchten Veranstaltung unter dem Titel »Die Schere im Kopf? – Zur Meinungsfreiheit in der politischen

Bildung« Anfang September zur Diskussion. Die lebhafteste Debatte befasste sich nicht nur mit den örtlichen Eingriffen der Landeszentrale, sondern generell mit dem Zurückschrauben politischer Bildung, die von zivilgesellschaftlichen Initiativen kommt oder sich nicht in den Mainstream einfügt. (Nähere Informationen finden sich im Netz unter www.geibev.de.)

Materialien

An Publikationen und medialen Angeboten zur Zeitgeschichte besteht derzeit kein Mangel. Auch wurde eine Reihe von didaktischen Materialien neu entwickelt. Der Reflexion der Arbeit in der außerschulischen Bildung und der politischen Erwachsenenbildung widmen sich speziell zwei Periodika: Die Fachzeitschrift »Außerschulische Bildung« (AB) befasst sich in ihrer Ausgabe 2-09, die nach der Sommerpause

auf den Markt kam, mit dem Schwerpunkt »Historisch-politische Bildung zur Geschichte der DDR und zum Ende kommunistischer Diktaturen«. Die Vierteljahrszeitschrift wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben (Einzelheft 6 €, Bezug über die AdB-Geschäftsstelle, Netz: www.adb.de, E-Mail: info@adb.de). Ferner stellte die Fachzeitschrift »Praxis Politische Bildung« (PPB), die vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap) herausgegeben wird, ihre Ausgabe 4/09 unter das Thema »Zeitgeschichte«. (Bezug über Juventa-Verlag, Netz: www.juventa.de, oder Anforderung von Probeexemplaren über den Bundesausschuss, Netz: www.bap-politischebildung.de.)

In der AB-Ausgabe geht es um den Umbruch in der DDR und in Osteuropa. Die Beiträge versuchen, die Perspektive über den nationalen Blickwinkel hinaus zu erweitern und

MELDUNGEN

Expertenkreis Antisemitismus

Der Bundesinnenminister hat am 5. August 2009 das Bundeskabinett über die bevorstehende Arbeitsaufnahme und Zusammensetzung eines unabhängigen Expertenkreises aus Wissenschaft und Praxis unterrichtet, der in Zukunft regelmäßig über den Antisemitismus in Deutschland Bericht erstatten und Empfehlungen zu seiner nachhaltigen Bekämpfung unterbreiten soll. Die Einrichtung dieses Fachgremiums, das aus Wissenschaftlern und Praktikern besteht, geht auf eine Entschließung des Deutschen Bundestages vom 4. November des vergangenen Jahres zurück. Zum 70. Jahrestag der Novemberpogrome hatte das Parlament eine Resolution verabschiedet, die eine verstärkte Bekämpfung des Antisemitismus und eine Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland forderte. Der Expertenkreis hat sich am 9. September 2009 konstituiert und seine Arbeit im Bundesministerium des Innern aufgenommen. Kontakt: www.bmi.de.

Fernlernen im Aufwärtstrend

Positive Nachrichten gibt es von der Fernlehrbranche in Deutschland zu vermelden. Der Aufwärtstrend der vergangenen Jahre setzte sich auch 2008 fort, wie aus der aktuellen Fernunterrichtsstatistik des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE) zu ersehen ist. Die Zahl der Anbieter für Fernunterricht und Fernstudium steigt weiterhin an, das Fernlehrangebot und die Belegungen an Lehrgängen zeigen einen deutlichen Zuwachs. An der Umfrage beteiligte sich knapp die Hälfte der 340 angeschriebenen Fernlehrinstitute, die insgesamt 223.212 Teilnahmen meldeten. Siehe auch: www.die-bonn.de/doks/weiss0901.pdf.

das Spektrum der europäischen Erfahrungen einzubeziehen. Dabei zeigt sich, wie Ingeborg Pistohl im Editorial schreibt, dass in den »betroffenen Ländern nicht nur andere Daten für die eigene nationale Geschichte bedeutsamer (sind), auch in der Bewertung der Ereignisse und ihrer Folgen gibt es erhebliche Unterschiede«. Die AB-Beiträge (Autoren u.a.: Prof. Bodo von Borries, Prof. Eckart D. Stratenschulte, Wolfram Tschiche, Norbert Reichling) wollen deutlich machen, dass bei der Aneignung von Geschichte die Bestätigung eigener Positionen und die Weitergabe der dominanten, herrschenden Narrative nicht im Vordergrund stehen dürfen. Auch der Versuch, einen Jahrestag als Chiffre für die Erinnerung an historische Vorgänge zu etablieren, laufe Gefahr, Komplexität und Multiperspektivität zu reduzieren.

In der PPB-Ausgabe, die zum Oktober 2009 erschienen ist, wird der Rahmen weiter gesteckt. Sie nimmt zum einen das Ende der DDR und die damit gegebene Herausforderung für die außerschulische politische Bildung auf. Unter anderem stellt sie mit dem Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage im sächsischen Werdau den seltenen Fall einer Einrichtung vor, die auf die DDR-Friedens- und Bürgerrechtsbewegung zurückgeht und die ihr ursprüngliches Engagement unter den veränderten Bedingungen im vereinten Deutschland fortsetzt. Zum anderen geht es um die NS-Herrschaft und die Zäsur des Jahres 1945, ohne die auch die Entwicklung der beiden deutschen Staaten nicht zu verstehen ist.

Speziell interessiert dabei die Frage, inwieweit die Zäsur als antifaschistischer Schlussstrich gegenüber der Vergangenheit Gültigkeit hat und von nachhaltiger Wirkung ist. Kritische Beiträge zur deutschen Erinnerungskultur haben die Professoren Klaus Ahlheim und Freerk Huiskens beige-steuert. Huiskens resümiert hier auch seine Kritik, die er bei den Vogelsang-Tagen vortrug.

js

BILDUNGSPOLITIK

Nach der Wahl

CDU, CSU und FDP haben am 24. Oktober 2009 ihren Koalitionsvertrag »Wachstum – Bildung – Zusammenhalt« der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Vertrag führt zwar Bildung im Titel, doch ist hier primär an Wachstumsförderung und Employability, sekundär an gesellschaftliche Problemlagen (signalisiert durch Stichworte wie »Integration« und »Zusammenhalt«) gedacht. Insofern kann man festhalten, dass der regierungsoffizielle Ausblick auf die 17. Legislaturperiode die bisherige bildungspolitische Linie fortschreibt – natürlich mit dem obligatorischen Optimismus, dass die Überwindung der wirtschaftlichen Krise mit Tatkraft und Entschlossenheit zu bewältigen und ein starkes Bildungssystem dafür notwendig ist. Dazu gehört auch, dass an die letzten Statements der Bundeskanzlerin zur »Bildungsrepublik Deutschland« (vgl. EB 4/08 zum »Bildungsgipfel« vom Herbst 2008) angeknüpft wird.

Bildungsrepublik

Teil II des Vertrages, der sich der »Bildungsrepublik« widmet, beginnt mit folgenden Grundsatzaussagen: »Bildung ist Bedingung für die innere und äußere Freiheit des Menschen. Sie schafft geistige Selbstständigkeit, Urteilsvermögen und Wertebewusstsein. Bildung und Forschung sind Grundlagen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Bildung ist Voraussetzung für umfassende Teilhabe des Einzelnen in der modernen Wissensgesellschaft. Bildung ist daher für uns Bürgerrecht. Deswegen sagen wir der Bildungsarmut den Kampf an. Dazu bedarf es einer nationalen Anstrengung. Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit am Start, Durchlässigkeit und faire Aufstiegschancen für alle ermöglichen. Wir wollen Deutschland zur Bildungsrepublik machen, mit den besten Kindertagesstätten, den besten Schulen und Berufsschulen sowie den

besten Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und bedarf einer engen Partnerschaft aller Verantwortlichen entlang der gesamten Bildungskette. Wir streben daher eine Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen unter Wahrung der jeweiligen staatlichen Zuständigkeit an. Wir erhöhen die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. Euro.« Was von diesen Ansagen zu halten ist, wird man sehen. Der DGB hatte bereits kurz vor der Koalitionsvereinbarung zum Jahrestag des Bildungsgipfels an die damaligen Ankündigungen erinnert – an die Verpflichtung von Bund und Ländern, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts, d.h. 32,3 Milliarden Euro jährlich, in Bildung und Forschung zu investieren. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock (CDU) äußerte Skepsis, ob dies eingehalten wird; zugleich mahnte sie an, dass ein konkreter Plan vorgelegt werden müsse, wohin dieses Geld fließen und wie die Verteilung zwischen Bund und Ländern aussehen soll, und sie warnte vor einer bildungspolitischen Zahlenakrobatik, die alle möglichen Leistungen in die Bildungsinvestitionen mit einrechnet. Und natürlich gilt für den Punkt Bildung auch das, was im ersten Teil der Koalitionsvereinbarung generell zur Finanzierungsfrage festgehalten ist: »Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.«

Weiterbildung

Von Weiterbildung, sofern sie Bezug zu beruflichen Fragen hat, ist im Koalitionsvertrag an einigen Stellen die Rede, ausführlich eigentlich nur unter Punkt 1.9 (»Lebensbegleitendes Lernen«): »Lebensbegleitendes Lernen zu stärken ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb wollen wir

gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Ländern, der Bundesagentur für Arbeit und den Weiterbildungsverbänden eine Weiterbildungsallianz schmieden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter auszubauen. Darüber hinaus werden wir die Bildungs- und Qualifizierungsberatung für alle leicht zugänglich machen und für mehr Transparenz sorgen. Eine besondere Bedeutung haben tarifvertraglich vereinbarte Lernzeitkonten. Die Sozialpartner müssen hier ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden.

Qualifikationsrahmen

Wir werden die Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens dazu nutzen, um Gleichwertigkeit, Mobilität und Durchlässigkeit im deutschen und europäischen Bildungsraum zu stärken. Dabei werden wir im europäischen Prozess darauf achten, dass das deutsche Bildungssystem sein eigenes Profil wahrt und seine Qualität innerhalb der EU zur Geltung bringt. Gemeinsam mit starken Partnern aus Bund und Ländern, Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie den Seniorenorganisationen werden wir neue Bildungschancen und -anreize für Ältere schaffen. Wir wollen zusammen mit den Senioren in Kooperation mit Internetanbietern, Medien und Verbänden mehr Medienkompetenz vermitteln und Risiken minimieren.« Auffällig ist bei dem neuen Vertrag – gerade auch im Unterschied zur Vereinbarung der Großen Koalition von 2005 –, dass die außerschulische Bildung eher eine Randgröße darstellt. Erwachsenenbildung wird nicht genannt; Aufgaben der politischen Bildung werden im Grunde nur implizit erwähnt (vor allem beim Thema Integration), zur Infrastruktur der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und ihrem prekären Status gibt es keine Aussagen. Ausnahmen stellen einerseits die kulturelle Bildung – die in dem Abschnitt über »Geschichte,

Kultur und Religion« (III, 10) als Integrationshilfe herausgestellt wird – und andererseits die Extremismusbekämpfung dar. Dabei bringt der letztgenannte Punkt aber wieder Probleme mit sich: Der Konsens, der in den letzten zehn Jahren gegolten hat, dass nämlich der »Kampf gegen rechts« entschieden zu führen und zu fördern ist, wird jetzt wohl aufgegeben. Mit der Größe »Ex-

tremismus« wird wieder das seltsame Bedrohungsszenario installiert, das völlig disparate Elemente – Defizite der »Vergangenheitsbewältigung« in Sachen NS- und SED-Diktatur (die übrigens brutal gleichgesetzt werden), islamistische, rechts- oder linksextremistische Bestrebungen – zu einem politischen Tatbestand stilisiert.

js

ZdK: Bildung unabhängig von der Herkunft

Bildung eröffnet Teilhabechancen. Deshalb muss der Zugang zu Bildung allen offenstehen, unabhängig von ihrer Herkunft, dem sozialen Umfeld oder der persönlichen wirtschaftlichen Lage, fordert das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in einer am 21. November 2009 verabschiedeten Erklärung. Alle Menschen müssten entsprechend ihren Talenten und Interessen optimale Bildungschancen erhalten.

Es sei ein Ärgernis, so das ZdK, dass in Deutschland Bildungschancen überdurchschnittlich stark durch die soziale Herkunft bestimmt würden. Dies sei nicht hinnehmbar. Die soziale Diskriminierung im Bildungssystem versteht das ZdK in der Erklärung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und richtet seine Forderungen an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in ihren verschiedenen Ressorts. Es gelte, alle Kräfte zu bündeln, um die skandalös enge Bindung des Bildungserfolgs von der Herkunft durch ein differenziertes Angebot aufzubrechen, so Prof. DDr. Thomas Sternberg, Sprecher des Sachbereichs »Kulturpolitische Grundfragen« des ZdK und Leiter der katholischen Akademie Franz-Hitze-Haus in Münster.

In der Erklärung mit dem Titel »Bildung unabhängig von der Herkunft! – Gerechte Beteiligung an lebensbegleitender Bildung« legt das ZdK einen umfangreichen Forderungska-

talog vor. Er reicht vom Ausbau frühkindlicher Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote über die Stärkung der Schulen, die Verbesserung der Hochschul- und Berufsausbildung bis zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Aufstiegs- und Teilhabechancen durch Bildung zu verbessern müsse in allen Phasen des Lebenslaufs möglich sein. Das ZdK fordert, dass die berufliche und allgemeine Weiterbildung »im Sinne des lebensbegleitenden Lernens von möglichst vielen Menschen wahrgenommen« werden solle und auch weiterhin eine wichtige Aufgabe bleibe, »für die der Einzelne, die Unternehmen und der Staat Verantwortung übernehmen müssen. Sie muss nach den Kürzungen und Einbrüchen der vergangenen Jahre wieder ausgebaut werden.« Nur öffentliche finanzielle Förderung ermögliche es auch Menschen aus einkommensschwachen Verhältnissen, an Weiterbildung zu partizipieren, die ohne solche Förderung zu einem Privileg der Reichen zu werden droht und die sozialen Barrieren noch erhöht.

Aus dem Bereich der katholischen Erwachsenenbildung spielt neben Prof. Sternberg auch Elisabeth Bußmann eine wichtige Rolle. Die Leiterin der HVHS Gottfried Könzgen in Haltern ist sowohl in den Hauptausschuss als auch in die Gemeinsame Konferenz gewählt worden.